

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 2
Juli 1989

Eine ZUMA
Publikation

Der Deutschen Stolz: Das Grundgesetz

Ergebnisse einer deutsch-britischen Umfrage

Vierzig Jahre nach seinem Inkrafttreten sind die Deutschen auf ihr Grundgesetz genauso stolz wie die Briten auf ihre Monarchie. Danach gefragt, auf was man als Deutscher bzw. Brite stolz sei, antwortete die Mehrheit der Deutschen: zuerst auf das Grundgesetz, dann auf die Wirtschaft und als Drittes auf die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen. Für die Briten stehen nach der Monarchie die wissenschaftlichen Leistungen und die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen an zweiter und dritter Stelle. Am wenigsten stolz sind die Briten bei einer Auswahl unter sieben Möglichkeiten auf das wirtschaftliche System und die Deutschen auf ihr Parlament. Die Unterschiede zwischen den beiden Ländern sind noch deutlicher, wenn man die Ergebnisse getrennt nach Geschlecht, Alter und Bildung betrachtet.

Ende der fünfziger Jahre waren nur wenige Deutsche stolz auf ihr politisches Gemeinwesen

Die Frage, nach dem auf was man stolz sei, dient nicht allein der Befriedigung einer allgemeinen Neugier, dahinter steht das Problem der affektiven Beziehung der Bürger zu ihrem politischen Gemeinwesen. Macht es doch einen großen Unterschied, ob die Mehrheit der Bürger dem politischen Gemeinwesen und seinen Institutionen mit positiven, neutralen oder gar negativen Gefühlen gegenübersteht. Man hat immer angenommen und auch empirische Bestätigung dafür gefunden, daß die gefühlsmäßige Zustimmung zum politischen System in den alteingesessenen Demokratien (USA, Großbritannien) recht groß war. Hingegen standen die jungen demokratischen Systeme — zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland gehört — immer unter der Beweispflicht, daß die neue Regierungsform nicht nur ein leerer Formalismus, sondern ein mit Leben gefülltes und von der großen Mehrheit der Bürger getragenes politisches Gemeinwesen ist. Die affektive Bindung an das jeweilige politische System ist deshalb in der vergleichenden Politikforschung ein wesentlicher Indikator für dessen Entwicklungsstand.

Schon im Jahr 1959 haben Almond und Verba in ihrer berühmten Studie »The Civic Culture« in sechs Ländern — darunter auch Deutschland und Großbritannien — gefragt, auf was man als Deutscher bzw. als Brite am meisten stolz sei. Auf die ohne feste Vorgaben formulierte Frage antworteten 1959 nur sieben Prozent der befragten Deutschen, aber 46 Prozent der Briten, daß sie auf das politische System am meisten stolz seien. Die gefühlsmäßige Beziehung der Deutschen zu ihrem politischen Gemeinwesen, repräsentiert durch die Kategorien »Politisches System« und »Wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen«, war also im Vergleich zu den Briten sehr gering ausgeprägt. Die Rangfolge der gesellschaftlichen Bereiche, auf die die befragten Deutschen damals am meisten stolz waren, lautete: Wirtschaft (33 Prozent), Wissenschaft (12 Prozent) sowie Kunst und Kultur (11 Prozent). Ganz anders die Briten, die zu allererst auf ihr politisches System, dann auf die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und drittens auf ihre Wirtschaft sehr stolz waren. Damit wurde im Jahr 1959 die Tatsache der gefühlsmäßigen Unterstützung des politischen Gemeinwesens in der alteingesessenen britischen und der noch relativ großen gefühlsmäßigen Distanz in der neuen deutschen Demokratie bestätigt.

Inhalt

Der Deutschen Stolz: Das Grundgesetz	1
Auswirkungen der ökonomischen Rezession auf Gesundheit und Zufriedenheit	4
Bundesrepublik bei Teilzeitarbeit nur im Mittelfeld	5
Wohlfahrtspolitik auf dem Prüfstand	9
Steigende Belastung des Einkommens der privaten Haus- halte durch Wohnungsausgaben	10
Modernisierung in Ungarn	14
Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989	15
SoftStat '89	16
Tagungsankündigungen	16

Fast dreißig Jahre später

Seit 1959 wurden verschiedentlich international vergleichende Studien durchgeführt, in die auch Deutschland und Großbritannien einbezogen wurden. In keiner dieser Studien wurde aber die Fragestellung von Almond und Verba auch nur annähernd repliziert. Erst als 1986 ein umfangreicher Vergleich zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland geplant wurde, sollte sie, zumindest in begrenztem Umfang, wiederholt werden.

Anstelle der offenen Frage wurden den Befragten in Anlehnung an die Ergebnisse von Almond und Verba sieben Bereiche vorgegeben: Grundgesetz (Deutschland) bzw. Monarchie (Großbritannien), Sozialstaat und Bundestag (Deutschland) bzw. Parlament (Großbritannien) als Bereiche, die das politische System im engeren Sinn betreffen; wirtschaftliche Errungenschaften als Indikator für das Wirtschaftssystem; Wissenschaft, Kunst und Sport als Unterbereiche des Kultur-systems und schließlich auch die Kategorie »Nichts davon«. Die Befragten sollten aus diesen insgesamt acht Antwortalternativen jeweils die drei aussuchen, auf die sie am meisten stolz sind. Die Frage wurde dann 1987 im Rahmen der British Election Study und 1988 im Rahmen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) gestellt. In Tabelle 1 findet man die Ergebnisse aus beiden Umfragen, geordnet nach der in Deutschland ermittelten Rangfolge. Der Vergleich mit 1959 zeigt für die Bun-

desrepublik eine enorme Veränderung. Wissenschaft, Kunst und Sport rangieren weit hinter Grundgesetz, Wirtschaft und Sozialstaat. Man kann jetzt nicht mehr von einer gefühlsmäßigen Distanz der Mehrheit der Bürger gegenüber ihrem politischen Gemeinwesen sprechen. Zwei der drei Indikatoren für die gefühlsmäßige Anbindung an das politische System, nämlich Grundgesetz und Sozialstaat, gehören zu den drei häufigsten Nennungen. Diese grundlegende Veränderung der Rangfolge muß in den letzten zehn Jahren erfolgt sein, denn noch 1978 berichtete R. Wildenmann (vgl. CAPITAL 10/78) von einem deutlichen Vorsprung der Wirtschaft (40 Prozent) vor dem politischen System (31 Prozent).

Bemerkenswert ist die Platzierung des Bundestags an letzter Stelle. Man kann aus diesem Ergebnis eine unterschiedliche gefühlsmäßige Anbindung an das politische System an sich und an die politischen Akteure des Systems ableiten. Das Grundgesetz und die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen stehen für abstrakte allgemeine Errungenschaften des politischen Systems in der Bundesrepublik; der Bundestag steht für die Handelnden in diesem System. Um die schlechte Platzierung des Bundestags zu erklären, ist eine Analyse der veröffentlichten Meinung über die einzelnen Institutionen angebracht, die auch für den Vergleich der Deutschen mit den britischen Ergebnissen bedeutsam ist.

Die Berichterstattung in den führenden deutschen Presseorganen über Verhandlungen im Parlament zeigt immer wieder

eine Betonung des Streits und der Uneinigkeit. Sie geht in der Regel mit der Bewertung einher, daß unter Politikern im Prinzip Einigkeit herrschen sollte. Ganz anders die britische Berichterstattung, in der die Meinung vorherrscht, daß politisches Handeln die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden sei. Ganz anders auch die Berichterstattung in Deutschland über die politische Grundordnung, das Prosperieren der Wirtschaft und die großen wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften, die es eher zu erhalten und zu erweitern als abzubauen gelte.

Bemerkenswert ist auch, daß in Großbritannien die Wissenschaft auf dem zweiten und die Wirtschaft auf dem letzten Platz landet. Zur Erklärung dieses Sachverhalts hilft wiederum ein Blick auf die veröffentlichte Meinung weiter. Die Rede von der maroden britischen Wirtschaft ist auch in den britischen Publikationen notorisch. Hingegen war es in den letzten Jahren ein besonderes Thema, daß die besten Köpfe Großbritanniens von amerikanischen Universitäten abgeworben würden. Dieser sogenannte »brain drain« wurde so behandelt, daß deutlich wurde, welchen hervorragenden Platz die britische Wissenschaft im internationalen Vergleich einnimmt.

Vergleicht man die Ergebnisse beider Länder sowohl im Jahr 1959 als auch 1987/88, so zeigt sich über die Zeit eine erhebliche Annäherung der deutschen Antwortmuster an die britischen. Die gefühlsmäßige Anbindung an die eher abstrakten institutionalisierten Errungenschaften des politischen Gemeinwesens — das Grundgesetz und der Wohlfahrtsstaat — hat in Deutschland praktisch das gleiche Niveau erreicht wie in Großbritannien. Damit erscheint die Bundesrepublik unter dem Aspekt der gefühlsmäßigen Anbindung ihrer Bürger an das politische System wie eine alteingesessene Demokratie. Daran ändert auch die geringe Wertschätzung der politischen Akteure nichts, die man auch als eine gesunde Skepsis gegenüber den Inhabern der politischen Macht bezeichnen kann.

Männer und Frauen bewerten die einzelnen Bereiche auf unterschiedliche Weise

In Tabelle 2 sind die Rangfolgen für alle deutschen Befragten sowie differenziert nach Geschlecht, Alter und Bildung angegeben. Zwischen Männern und Frauen erkennt man einige größere Unterschiede: Jeweils rund zehn Prozent mehr

Tabelle 1: Bereiche auf die Briten und Deutsche stolz sind

	Deutsche		Briten	
	Anteil in %	Rangplatz	Anteil in %	Rangplatz
Grundgesetz/ Monarchie	51	1	55	1
Wirtschaft	50	2	14	7
Wohlfahrtsstaat	39	3	43	3
Wissenschaft	37	4	51	2
Kunst	22	5	17	6
Sport	20	6	25	5
Bundestag/ Parlament	10	8	27	4
Nichts davon	20	7	6	8

Befragte in der Bundesrepublik Deutschland n = 3052; in Großbritannien n = 3862.

Datenbasis: ALLBUS 1988 und British Election Study 1987

Tabelle 2: Bereiche auf die Deutsche stolz sind nach Geschlecht, Alter und Bildung

	Befragte insgesamt	Geschlecht		Generationen					Bildungsniveau		
		Frauen	Männer	»Vorkrieg«	»Kalter Krieg«	»Student.- revolution«	»Reform«	»Krise«	niedrig	mittel	hoch
Grundgesetz	51	46	57	52	53	55	48	45	49	54	52
Wirtschaft	50	46	55	56	56	50	41	41	51	56	46
Wohlfahrtsstaat	39	39	39	40	39	44	39	32	38	43	38
Wissenschaft	37	35	40	39	36	38	36	36	37	41	37
Kunst	22	24	18	20	21	20	26	24	16	25	35
Sport	20	19	22	22	20	17	18	24	24	21	10
Bundestag	10	10	9	12	10	8	7	7	11	10	7
Nichts davon	20	22	17	16	19	18	24	26	21	16	21

Alle Angaben in Prozent. Befragte n = 3052.

Generationen: »Vorkrieg«: = 1932 und früher geboren;
 »Kalter Krieg«: = zwischen 1933 und 1947 geboren;
 »Studentenrevolution«: = zwischen 1948 und 1955 geboren;
 »Reform«: = zwischen 1956 und 1962 geboren;
 »Krise«: = zwischen 1963 und 1970 geboren.

Datenbasis: ALLBUS 1988

Männer als Frauen geben an, daß sie auf das Grundgesetz und die Wirtschaft stolz seien. Dagegen ist bei den Frauen der Anteil, die stolz auf die Kunst sind, über sechs Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil bei den Männern. Und schließlich geben deutlich mehr Frauen als Männer an, daß sie auf keinen der angegebenen Bereiche stolz seien. Trotz der zum Teil erheblichen Unterschiede bei den einzelnen Anteilswerten gibt es nur einen größeren Unterschied in den Rangfolgen der acht vorgegebenen Bereiche: Sport nimmt bei den Männern die fünfte, bei den Frauen dagegen nur die vorletzte Position ein.

Wenn man die deutschen Ergebnisse mit den in Tabelle 3 wiedergegebenen britischen vergleicht, werden massive Unterschiede sichtbar: In Großbritannien sind auf die Monarchie nicht die Männer in größerem Umfang stolz — wie in der Bundesrepublik auf das Grundgesetz — sondern umgekehrt mit elf Prozentpunkten Vorsprung die Frauen. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Bewertung der Wissenschaft sind mit zehn gegenüber fünf Prozentpunkten Abstand in Großbritannien doppelt so stark ausgeprägt wie in der Bundesrepublik. Dies hat zur Folge, daß in Großbritannien bei den männlichen Befragten die Wissenschaft auf dem ersten Platz in der Rangfolge der angegebenen Bereiche

rangiert. Ein deutlicher Unterschied besteht auch bei der Bewertung der politischen Akteure. In der Bundesrepublik sind Männer und Frauen gleichermaßen wenig stolz auf den Bundestag; in Großbritannien dagegen schneidet das Parlament nicht nur insgesamt wesentlich besser ab, sondern mit 31 Prozent ist auch ein um sechs Prozentpunkte höherer Anteil der Männer stolz auf das britische Parlament.

Deutliche Unterschiede nach dem Alter der Befragten

Wenn man die Bewertung der verschiedenen Bereiche differenziert nach dem Alter der Befragten analysiert, dann zeigen sich in Großbritannien noch krassere Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen als in der Bundesrepublik. In Deutschland bewerteten die nach 1955 Geborenen die wirtschaftlichen Errungenschaften mit bis zu 15 Prozentpunkten Unterschied schlechter als die anderen Altersgruppen. Nicht ganz so stark ausgeprägt ist die schlechtere Bewertung des Grundgesetzes durch die jüngeren Befragten. Dagegen geben sie Kunst und Sport wesentlich häufiger an als die höheren Altersgruppen, und auch ihre Anteile bei denen, die auf keinen der vorgegebenen Bereiche stolz sind, liegen jeweils über dem Durchschnitt.

In Großbritannien sind sich alle Altersgruppen einig in der schlechten Bewertung der Wirtschaft. Dagegen werden Monarchie, Wissenschaft, Wohlfahrtsstaat und Parlament in fast linearer Abfolge von den Älteren jeweils höher und von den Jüngeren niedriger bewertet, wobei die Unterschiede bis zu 18 Prozentpunkte betragen. Kunst und Sport werden auch in Großbritannien von den Jüngeren häufiger als von den Älteren genannt, und auch hier fallen die Unterschiede zwischen den Altersgruppen deutlicher aus als in der Bundesrepublik.

Nur Befragte mit höherem Bildungsniveau sind auf das Grundgesetz häufiger stolz als auf die Wirtschaft

In der Bundesrepublik Deutschland sind nur die Befragten mit höherem Bildungsniveau auf das Grundgesetz häufiger stolz als auf die Wirtschaft. Dagegen rangiert bei den Befragten mit niedrigerem und mittlerem Bildungsniveau die Wirtschaft vor dem Grundgesetz an erster Stelle. Wohlfahrtsstaat und Wissenschaft werden von den Befragten mit mittlerem Bildungsniveau am häufigsten angegeben. Die Unterschiede zwischen den Hochgebildeten und den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau zeigen sich in erster Linie bei der Kunst und beim Sport: Ein mehr als doppelt so großer

Tabelle 3: Bereiche auf die Briten stolz sind nach Geschlecht, Alter und Bildung

	Befragte insgesamt	Geschlecht		Generationen					Bildungsniveau		
		Frauen	Männer	»Vorkrieg«	»Kalter Krieg«	»Studenten- revolution«	»Reform«	»Krise«	niedrig	mittel	hoch
Monarchie	55	60	49	60	59	53	46	42	55	55	55
Wissenschaft	51	46	56	52	52	56	49	43	47	57	62
Wohlfahrtsstaat	43	42	44	47	45	44	40	30	42	43	43
Parlament	27	24	31	31	31	27	20	18	24	29	36
Sport	25	22	28	19	21	26	34	37	27	26	20
Kunst	17	21	13	11	18	19	23	26	16	17	34
Wirtschaft	14	12	15	13	14	14	15	12	13	15	15
Nichts davon	6	7	6	3	4	5	10	15	7	5	6

Alle Angaben in Prozent. Befragte n = 3862.

Generationen: »Vorkrieg«: = 1932 und früher geboren;
 »Kalter Krieg«: = zwischen 1933 und 1947 geboren;
 »Studentenrevolution«: = zwischen 1948 und 1955 geboren;
 »Reform«: = zwischen 1956 und 1962 geboren;
 »Krise«: = zwischen 1963 und 1970 geboren.

Datenbasis: British Election Study 1987

Anteil der Hochgebildeten ist stolz auf die Kunst; beim Sport dagegen erreicht der Anteil bei den Hochgebildeten noch nicht einmal die Hälfte des Anteils der Befragten mit niedrigem Bildungsniveau. Ein nach dem Bildungsniveau der Befragten differenzierter Vergleich beider Länder zeigt zwar deutliche Unterschiede, aber nicht im gleichen Ausmaß wie ein nach dem Alter differenzierter Vergleich. In Großbritannien geben die Befragten mit mittlerem und mit höherem Bildungsniveau die Wissenschaft häufiger an als die Monarchie, die nur bei den niedrig Gebildeten mit deutlichem Abstand an erster Stelle rangiert. Die Kunst wird von Hochgebildeten doppelt so häufig angegeben wie von den beiden anderen Bildungsgruppen. Dagegen sind sich bei der Einschätzung des Wohlfahrtsstaates auf der dritten Position und der schlechten Bewertung der Wirtschaft alle drei Bildungsgruppen einig.

Grundgesetz und Monarchie: Der Stolz der Deutschen und der Briten

Bei allen Unterschieden bleibt doch als allgemeines Ergebnis festzuhalten, daß, entgegen den Daten von Almond und Verba aus dem Jahr 1959, inzwischen eine große Gemeinsamkeit zwischen dem

politischen System in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien festzustellen ist. In beiden Ländern sind die Befragten am häufigsten stolz auf das höchste Symbol des politischen Gemeinwesens, im einen Fall das Grundgesetz und im anderen die Monarchie. Und in beiden Ländern wird auch die Leistung des politischen Gemeinwesens, ausge-

drückt durch die wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften, hoch geschätzt. Verglichen mit den Ergebnissen von vor fast 30 Jahren gleicht die Bundesrepublik heute im vierzigsten Jahr ihres Bestehens fast schon einer alteingesessenen Demokratie.

*Peter Ph. Mohler
 Tel.: (0621) 18004-42*

Auswirkungen der ökonomischen Rezession auf Gesundheit und Zufriedenheit

Gegenstand eines internationalen Symposiums in Rotterdam

Zu Beginn der achtziger Jahre kam es weltweit zu einer ökonomischen Rezession, von der auch die reichen Industrieländer betroffen waren. Das Bruttosozialprodukt verringerte sich zwischen 1980 und 1982 um einige Prozentpunkte, die privaten Einkommen sanken und die heutige Massenarbeitslosigkeit entstand. In welchem Ausmaß hat diese Krise auch

die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigt? Die öffentliche Meinung nahm einen sehr starken Einfluß an. Die Medien berichteten beispielsweise über negative Auswirkungen auf die Gesundheit, über eine Zunahme psychischer Probleme und über wachsende Unzufriedenheit. Hatte die ökonomische Rezession tatsächlich derartige Auswirkungen?

Auf einem internationalen Symposium an der Erasmus Universität Rotterdam wurde im November 1988 dazu auf der Grundlage von Zeitreihenanalysen und mehreren Individualdatensätzen zur Lebensqualität eine Bilanz gezogen. In verschiedenen Sitzungen wurden Effekte der ökonomischen Krise auf die Zufriedenheit, auf Mortalität und Gesundheit (mental health) diskutiert.

Chin Hon Foei (Holland) zeigte, daß die Lebenszufriedenheit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft von der Rezession kaum beeinflusst wurde. Trimp und Winkels (Holland) machten jedoch darauf aufmerksam, daß sich die Einkommenszufriedenheit in der EG während der Krise wesentlich verringert hat. Habich (Bundesrepublik Deutschland) konnte ähnliche Effekte für die Bundesrepublik nachweisen, fand aber auch Hinweise, daß lediglich eine Minderheit von der Krise deutlich betroffen war und unzufriedener wurde, während die Mehrheit der nicht Betroffenen sogar zufriedener geworden ist. Peterson hat für Dänemark eine hohe Konstanz der Lebensqualität insgesamt festgestellt, während die unteren sozialen Schichten unzufriedener wurden.

Zu den Auswirkungen der ökonomischen Krise auf die Mortalität wurden widersprüchliche Ergebnisse berichtet. Mackenbach (Holland) betonte, daß in diesem Jahrhundert die Perioden ökonomischer Rezessionen die Mortalitätsziffern nicht beeinflusst haben. Dagegen kam Brenner (USA) aufgrund multivariater Analysen zu dem Schluß, daß die ökonomische Krise die Lebenserwartung der Bürger in England, USA und Holland verringert habe. Diekstra (Holland) berichtet über steigende Selbstmordraten bei Jugendlichen während der Krise.

Die Gesundheit (mental health) scheint sich während der ökonomischen Krise nicht verschlechtert zu haben. Kettin (Holland) fand keine steigenden Raten des Konsums von Psychopharmaka in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Mootz (Holland) konnte auf der Basis von Umfragedaten keinen Anstieg von Streß-Symptomen erkennen, obgleich Sorgen über finanzielle Angelegenheiten und um die Arbeitsplätze während der Rezession deutlich zunahmen. Van der Velden (Holland) fand ähnliche Ergebnisse bei neurotischen Erkrankungen

und wies darauf hin, daß es die Krise ermöglicht, persönliche Probleme extern zu attribuieren.

Die Beiträge dieses Symposiums werden in einem Buch publiziert, das von R. Veenhoven unter dem Titel »Did the crisis really hurt? Consequences of the

1980/82 economic recession on satisfaction, mortality, and mental health« herausgegeben und im September 1989 (Rotterdam University Press) erscheinen wird.

*Roland Habich / Ruut Veenhoven
(Tel.: 030/25491591)*

Bundesrepublik bei Teilzeitarbeit nur im Mittelfeld

Ergebnisse eines Vergleichs von OECD-Ländern

Die Flexibilisierung und Destandardisierung der Arbeitszeit gehörten zu den beherrschenden Themen der arbeitsmarktpolitischen Diskussion der achtziger Jahre. Nicht nur in der Bundesrepublik ist die Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung in diesem Zusammenhang immer stärker in den Blickpunkt gerückt. Von den einen wird sie als eine Beschäftigungsform begrüßt, die die »Zeitsouveränität« erhöht und einem freizeitorientierten Lebensstil entgegenkommt, vor allem aber weil sie die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit erleichtert und auch Personen, die den physischen und psychischen Belastungen einer vollen Beschäftigung nicht oder nicht mehr gewachsen sind, die Möglichkeit einer Beteiligung am Erwerbsleben eröffnet. Andere befürchten, daß mit der Förderung der Teilzeitarbeit ein Typ von zweitklassigen, schlechter bezahlten, weniger anspruchsvollen und geschützten Arbeitsverhältnissen geschaffen wird und damit nicht nur bisher als gesichert betrachtete Rechte, sondern auch die traditionelle Solidarität der Arbeitnehmer in Gefahr geraten könnten.

Im Folgenden werden Umfang und Struktur der Teilzeitarbeit in der Bundesrepublik anhand ausgewählter Indikatoren in ihrer zeitlichen Entwicklung und international vergleichend untersucht. Eine international vergleichende Betrachtung läßt allgemeine Entwicklungstendenzen erkennen und verdeutlicht zugleich nationale Besonderheiten. Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern kann vor allem auch die derzeitige Situation der Teilzeitarbeit in der Bundesrepublik und deren zukünftiges Entwicklungspotential angemessener beurteilt werden.

Teilzeitarbeit wird in der Fachdiskussion gewöhnlich als eine Beschäftigung definiert, die den Arbeitnehmer vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig an einem Teil der üblichen bzw. tariflich festgelegten Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Vergleichende Analysen werden dadurch erschwert, daß die statistische Definition weder über die Zeit noch im internationalen Rahmen einheitlich ist. In der bundesdeutschen Statistik gilt der-

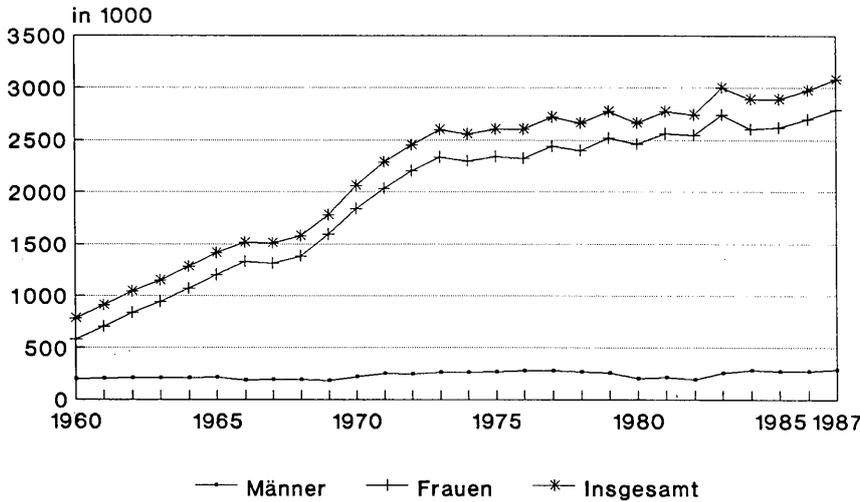
zeit eine Beschäftigung im Umfang von weniger als 36 Wochenstunden als Teilzeitarbeit. Bei ihrer statistischen Erfassung verläßt man sich zum Teil aber auch auf die Angaben der befragten Arbeitnehmer, ob es sich bei ihrer Tätigkeit um eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung handelt.

Betrachtet man die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in ihrer zeitlichen Entwicklung, so zeigt sich, daß Teilzeitarbeit als eine von der Norm abweichende Form der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik schon seit geraumer Zeit verbreitet ist und kontinuierlich an Bedeutung gewonnen hat (Graphik 1).

Expansion der Teilzeitarbeit in den sechziger Jahren am stärksten

Die stärkste Expansion der Teilzeitbeschäftigung fand in der Bundesrepublik in den sechziger und frühen siebziger Jahren statt. Nur kurz unterbrochen durch die Rezession von 1966/67 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zwi-

Graphik 1
Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung
in der Bundesrepublik



Datenbasis: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung

schen 1960 und 1974 von 780000 auf 2,6 Millionen. Danach setzte sich diese Entwicklung nur noch langsam, aber kontinuierlich bis heute fort. Ausgelöst wurde die Expansion der Teilzeitbeschäftigung durch die Arbeitskräfteknappheit der sechziger Jahre. Die Notwendigkeit, die auf dem Binnenarbeitsmarkt einzig verbliebenen Reserven des weiblichen Erwerbspotentials zu erschließen, rief ein vermehrtes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen hervor. Die nach dem Einschnitt der 1974 einsetzenden Arbeitsmarktkrise in den letzten Jahren wieder erzielten Beschäftigungsgewinne wurden nicht nur in der Bundesrepublik zum weitaus größten Teil im Bereich der Teilzeitbeschäftigung verbucht. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat stetig zugenommen, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stagnierte oder gar rückläufig war. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus übten 1987 3,1 Millionen Erwerbstätige eine Teilzeitbeschäftigung aus.

Drei von vier Teilzeitbeschäftigten in der Bundesrepublik sind verheiratete Frauen

In der Bundesrepublik ist die Expansion der Teilzeitarbeit eine Entwicklung, die so gut wie ausschließlich weibliche Arbeitnehmer betrifft. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Männer ist bis heute kaum von Bedeutung und über die Zeit weitgehend konstant geblieben. Sie oszilliert in-

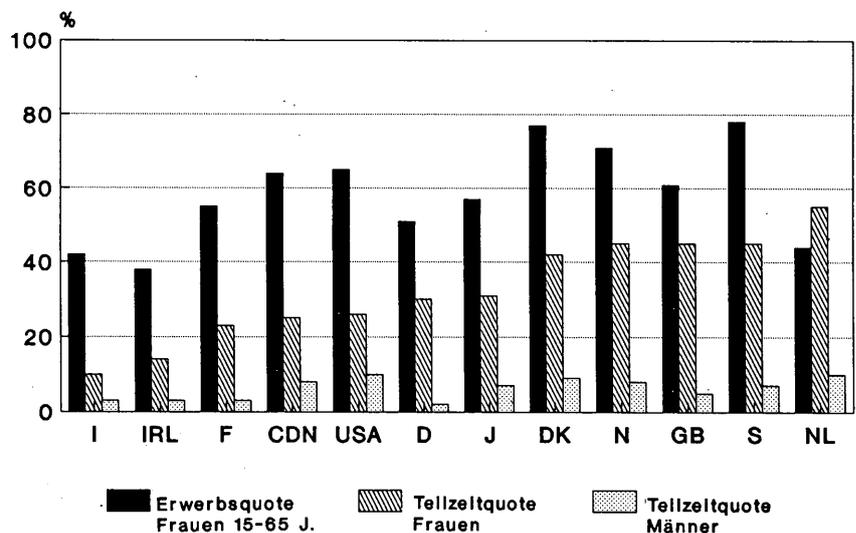
nerhalb des Zeitraums von 1960 bis 1987 zwischen 200 und 300 Tausend. 1987 übten 31,8 Prozent der erwerbstätigen Frauen, aber lediglich 2,1 Prozent der erwerbstätigen Männer eine Teilzeitbeschäftigung aus. Von den Frauen, die 93 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten ausmachen, sind 87 Prozent verheiratet. Mit

anderen Worten: Bei drei von vier Teilzeitbeschäftigten handelt es sich um eine verheiratete Frau. Bei ledigen Frauen liegt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit sechs Prozent nur unwesentlich über dem entsprechenden Anteil der Männer. Teilzeitbeschäftigung fällt erst bei Frauen über 25 Jahren ins Gewicht und nimmt mit steigendem Alter zu. Bereits in der Gruppe der 35-40jährigen übersteigt die Teilzeitquote 40 Prozent. Die höchsten Teilzeitquoten sind bei verheirateten Frauen mit Kindern festzustellen, für die Teilzeitarbeit längst von einer abweichenden zur vorherrschenden Beschäftigungsform geworden ist.

Teilzeitquote in den Niederlanden am höchsten

Im internationalen Vergleich fällt die Bundesrepublik durch einen sehr geringen Anteil teilzeitbeschäftigter Männer auf, und auch im Hinblick auf die Teilzeitquote der Frauen nimmt sie lediglich einen mittleren Rang ein (Graphik 2). Die höchsten Anteile von Teilzeitbeschäftigten unter den weiblichen Erwerbstätigen sind in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien mit über 40 Prozent sowie in den Niederlanden zu beobachten, wo inzwischen sogar schon mehr als jede zweite erwerbstätige Frau teilzeit arbeitet. Mit deutlich unter 20

Graphik 2
Erwerbs- und Teilzeitquoten im internationalen Vergleich 1986



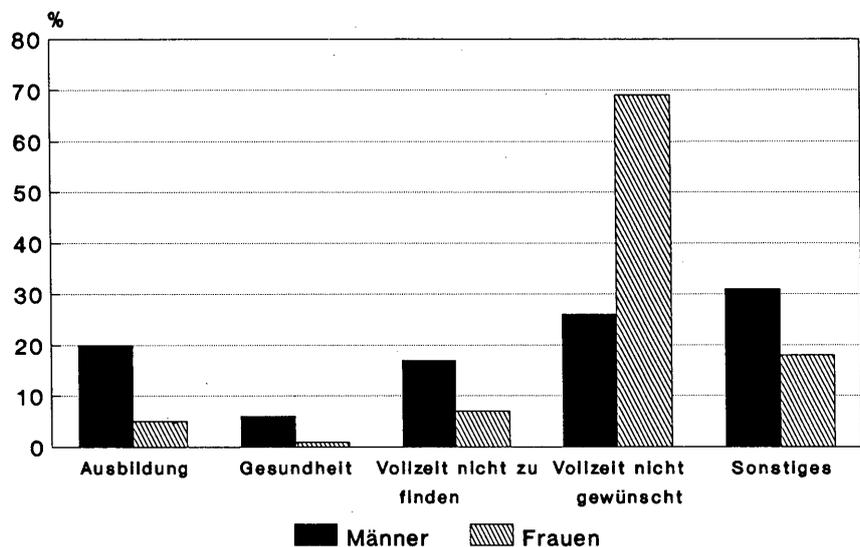
Datenbasis: OECD

Prozent ist die Teilzeitquote der Frauen in Italien und Irland mit Abstand am niedrigsten. In der Mehrzahl der hier betrachteten Länder ist die Teilzeitarbeit bei jungen Frauen wesentlich stärker verbreitet als in der Bundesrepublik. Länder mit einem hohen Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen zeichnen sich in der Regel auch durch eine hohe Frauenerwerbsbeteiligung aus. Von diesem Muster weichen jedoch die Bundesrepublik, Großbritannien und insbesondere die Niederlande ab. Die Niederlande gehören zu den Ländern mit der niedrigsten Erwerbsbeteiligung und der höchsten Teilzeitquote bei den Frauen. Allerdings ist die Teilzeitbeschäftigung dort in den letzten Jahren besonders gefördert worden und seit dem Beginn der achtziger Jahre enorm expandiert. Allein zwischen 1979 und 1985 stieg die Teilzeitquote der Frauen in den Niederlanden von 31 auf 55 Prozent. In den skandinavischen Ländern hat die Teilzeitarbeit dagegen bei Frauen in den letzten Jahren nicht mehr zugenommen. Hier scheint ein gewisser Sättigungsgrad erreicht zu sein.

Teilzeitarbeit bei Männern noch kaum verbreitet

Für Männer ist die Teilzeitarbeit nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen hier betrachteten Ländern noch eine Ausnahmeerscheinung. Mit zehn Prozent am höchsten ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei den männlichen Erwerbstätigen in den USA und in den Niederlanden. Überdurchschnittlich hohe Teilzeitquoten sind bei männlichen Erwerbstätigen darüber hinaus in Kanada, Dänemark, Japan und Norwegen zu beobachten. Anders als bei Frauen konzentriert sich die Teilzeitarbeit bei Männern an den Rändern der Erwerbsbiographie. Männer arbeiten in der Regel nicht in den mittleren Altersgruppen bzw. während der Phasen der Familiengründung und Kindererziehung teilzeit, sondern im Zusammenhang mit der Ausbildung, dem Einstieg ins Erwerbsleben oder einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Lediglich in den Niederlanden ist ein nennenswerter Anteil von teilzeitbeschäftigten Männern mittleren Alters zu beobachten, der mit der dort zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und einer ausgeprägteren partnerschaftlichen Rollenverteilung erklärt wird. Im Gegensatz zu den Ländern mit vergleichsweise hohen Teilzeitquoten bei männlichen Er-

Graphik 3
Gründe für Teilzeitbeschäftigung 1987



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

werbstätigen spielt die Teilzeitarbeit in der Bundesrepublik in den unteren Altersgruppen quantitativ keine Rolle. In der Bundesrepublik üben nur zwei Prozent der männlichen Erwerbstätigen im Alter von 15-19 Jahren eine Teilzeitarbeit aus, gegenüber 46 Prozent in Norwegen, 55 Prozent in Kanada oder gar 60 Prozent in den Vereinigten Staaten. Diese Differenzen sind überwiegend auf Unterschiede in den Systemen der beruflichen und universitären Bildung und auf die damit zusammenhängenden besonderen Formen des Übergangs in das Erwerbsleben zurückzuführen. Höhere Teilzeitquoten bei jungen Männern sind in einigen Ländern — ebenso wie bei jungen Frauen — auch durch spezielle Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit bedingt.

Die unterschiedlichen Motive, von denen sich Frauen und Männer bei der Ausübung einer Teilzeitarbeit in der Bundesrepublik leiten lassen, gehen aus der Graphik 3 hervor. Rund 70 Prozent der weiblichen Teilzeitbeschäftigten haben sich positiv für diese Beschäftigungsform entschieden und wünschen keine Vollzeitbeschäftigung. Nur zu geringen Anteilen arbeiten Frauen teilzeit, weil sie keine Vollzeitstelle finden, sich in einer Ausbildung befinden oder aus nicht näher spezifizierten sonstigen Gründen. Von den ohnehin wenigen teilzeitbe-

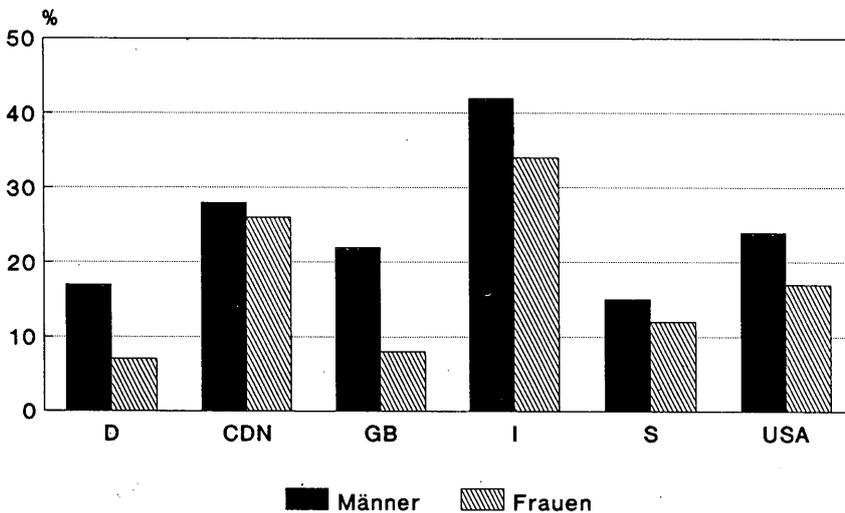
schäftigten Männern arbeitet dagegen nur jeder vierte »aus Überzeugung« teilzeit. Genauso viele geben die Absolvierung einer Ausbildung oder gesundheitliche Einschränkungen als Gründe an. 17 Prozent der Männer begründen ihre Teilzeitbeschäftigung damit, daß sie keine Vollzeitbeschäftigung finden.

Unfreiwillige Teilzeitarbeit in der Bundesrepublik selten

Der Umfang der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung fällt jedoch in der Bundesrepublik insgesamt gesehen kaum ins Gewicht. Der Anteil, der aus Mangel an Alternativen eine Teilzeitbeschäftigung ausübt, ist hier kleiner als in den meisten anderen Ländern, für die entsprechende Informationen vorliegen. Vergleichsweise hohe Anteile unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung ergeben sich für Italien, sowie für Kanada und die Vereinigten Staaten (Graphik 4). Bei Männern ist der Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung überall höher als bei Frauen.

In der Bundesrepublik kann Teilzeitbeschäftigung nicht undifferenziert mit anspruchsloser, gering qualifizierter und schlecht bezahlter Arbeit gleichgesetzt werden. Sie konzentriert sich allerdings auf Tätigkeiten im Bereich des Handels und des Dienstleistungssektors, und die Qualität der Teilzeitarbeitsplätze nimmt

Graphik 4
Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung



Datenbasis: OECD; Statistisches Bundesamt

offenbar mit dem Umfang der vereinbarten Arbeitszeit ab. Hochqualifizierte, höherangige Berufspositionen werden nach wie vor nur selten mit Teilzeitbeschäftigten besetzt. Nachweislich schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Sozialleistungsansprüche im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten ergeben sich vor allem für die sogenannten geringfügig Beschäftigten mit einer Arbeitszeit von unter 15 Wochenstunden, deren Anteil an den Teilzeitbeschäftigten insgesamt rund 15 Prozent (1983) beträgt. Bedenklich stimmt, daß gerade diese Kategorie der geringfügig Beschäftigten zuzunehmen scheint.

Teilzeitarbeit nicht häufiger befristet als Vollzeitarbeit

Ebensowenig wie sie sich hinsichtlich der Arbeitsbedingungen durchgängig negativ von Vollzeitbeschäftigten abheben, können Teilzeitarbeitsverhältnisse generell als »ungeschützte« und weniger sichere Jobs betrachtet werden. Gemessen am Indikator der »Befristung« — der allerdings nicht alle Aspekte der Arbeitsplatzsicherheit erfaßt — haben Teilzeitbeschäftigte in der Bundesrepublik sogar sicherere Arbeitsplätze als Vollzeitbeschäftigte: 1987 waren nach Ergebnissen des Mikrozensus 13 Prozent aller Vollzeit- und neun Prozent der Teilzeitarbeitsverhältnisse befristet. Dahinter treten je-

doch deutliche Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen zutage. Bei den Frauen waren sieben

Prozent der Teilzeit- und 15 Prozent der Vollzeitarbeitsverhältnisse befristet, bei den Männern 27 Prozent der Teilzeit- und zwölf Prozent der Vollzeitverträge. Im internationalen Vergleich sind Vollzeitarbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik häufiger, Teilzeitarbeitsverhältnisse seltener befristet als anderswo. In Italien und Irland, also Ländern, in denen die Teilzeitarbeit noch wenig verbreitet ist, aber auch in Japan ist fast jedes zweite Arbeitsverhältnis auf Teilzeitbasis befristet. In der Bundesrepublik und Frankreich sind die Anteile befristeter Teilzeitarbeitsverträge am niedrigsten.

Weitere Zunahme der Teilzeitbeschäftigung bei Frauen zu erwarten

Für die Bundesrepublik ist damit zu rechnen, daß der Trend zur Teilzeitarbeit bei weiblichen Erwerbstätigen anhält. Wie die zum Teil wesentlich höheren Teilzeitquoten in anderen Ländern zeigen, gibt es für eine derartige Entwicklung durchaus noch Spielraum. Für eine weitere Zunahme der Teilzeitarbeit spricht vor allem der hohe und bisher nur partiell befriedigte Bedarf nach derarti-

Tabelle 1: Teilzeitquoten nach Alter und Geschlecht im internationalen Vergleich¹ in %

	Gesamt		15 - 19 ²		20 - 24		25 - 54		55 - 59		60 - 64		65 J. u. älter	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Bundesrepublik	2	30	2	4	2	8	2	37	2	36	6	42	40	58
Dänemark	9	42	48	62	9	22	3	40	3	55	11	65	31	67
Frankreich	3	23	21	37	7	22	2	22	5	29	9	33	36	43
Großbritannien	5	45	21	33	4	15	2	50	3	56	7	72	66	81
Irland	3	14	9	12	4	5	2	17	2	26	2	25	6	24
Italien	3	10	6	9	5	9	2	9	4	12	6	18	21	28
Japan	7	31	18	25	9	11	4	31	8	34	18	42	35	53
Kanada	8	25	55	65	12	21	2	21	5 ³	28 ³			28	47
Niederlande	10	55	33	43	11	29	8	64	10	71	18	71	52	65
Norwegen	8	43	46	64	9	26	4 ⁴	42		55 ³	11		41	75
Schweden	7	45	28	52	7	28	4	45	5	51	25	63	—	—
USA	10	26	60	67	17	26	4	21	6	24	12	32	46	59

¹ Teilzeitarbeit ist definiert als Arbeitszeit von weniger als 35 Wochenstunden in Schweden, Japan, den USA und den Niederlanden; unter 36 Stunden in der Bundesrepublik Deutschland; weniger als 30 Wochenstunden in Norwegen, Frankreich und Kanada; in Dänemark, Italien und Großbritannien gilt als teilzeitbeschäftigt, wer weniger als die jeweils üblichen Wochenstunden leistet. Die Daten beziehen sich für die Niederlande auf 1985; für die Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Norwegen und Großbritannien auf 1986; für die USA, Kanada, Japan und Schweden auf 1987.

² Italien 14 - 19 Jahre; Norwegen, Schweden, Großbritannien, USA 16 - 19 Jahre.

³ 55 - 64 Jahre

⁴ 25 - 59 Jahre

Datenbasis: OECD

gen Beschäftigungen bei nicht erwerbstätigen Frauen, die eine Rückkehr in das Erwerbsleben anstreben, aber auch bei Arbeitnehmerinnen, die gegenwärtig in vollem Umfang erwerbstätig sind. Befragungen haben ergeben, daß rund 70 Prozent aller nicht erwerbstätigen Frauen, die nach einer Unterbrechung wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, eine Teilzeitbeschäftigung suchen. Auf der Basis einer Untersuchung, die der tatsächlich vereinbarten die gewünschte Arbeitszeit gegenüberstellt, wurde festgestellt, daß fast jede dritte vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerin ihre Arbeitszeit lieber reduzieren würde.¹ 16 Prozent der vollzeiterwerbstätigen Frauen geben an, eine Arbeitszeit im Umfang von 20-34 Wochenstunden vorzuziehen. Hier wird jedoch zugleich auch deutlich, daß sich die Wünsche nicht auf die in letzter Zeit zunehmenden geringfügigen Beschäftigungen, sondern auf Teilzeitarbeitsverhältnisse konzentrieren, die zwischen der klassischen Halbtagsstelle und einer Vollzeitbeschäftigung anzusiedeln sind. Ob die Tatsache, daß immerhin auch acht Prozent der vollzeitbeschäftigten Männer eine Arbeitszeitreduzierung auf 20-34 Wochenstunden wünschten, schon einen Trend zur zunehmenden Teilzeitarbeit bei Männern begründen könnte, scheint bisher jedoch eher fraglich.

*Heinz-Herbert Noll
Tel.: (0621) 18004-14*

Wohlfahrtspolitik auf dem Prüfstand

Aktuelle Studie zur sozialen Ungleichheit in Schweden

Nur wenige Länder verfügen über eine Sozialberichterstattung, die so kontinuierlich betrieben wird und institutionell so fest verankert ist wie die Schwedens. Ihre Existenz geht zurück auf das Jahr 1965. Damals beauftragte die schwedische Regierung eine Enquete-Kommission damit, ein Konzept zur Beschreibung der Lebensverhältnisse von Beziehern niedriger Löhne zu entwickeln. Um die besondere Situation der Niedriglohneempfänger herausarbeiten zu können, hielt es die Kommission für erforderlich, Informationen über die Lebensverhältnisse der gesamten Bevölkerung zu sammeln und zwar hinsichtlich der Aspekte Einkommen, Kaufkraft und Lebensstandard (level of living). Die Untersuchung des Lebensstandards wurde von dem eigentlichen Projekt abgekoppelt und dem Sozialwissenschaftler Sten Johansson übertragen. Er und seine Mitarbeiter führten 1968 den ersten »level of living survey« durch.

Sie gingen dabei von der Vorstellung aus, daß der »level of living« eines Individuums, seine persönliche Wohlfahrt, definiert werden kann als der Umfang an Ressourcen, der ihm für die Gestaltung seines Lebens zur Verfügung steht. Dabei sind es nicht nur wirtschaftliche Ressourcen, die die individuelle Wohlfahrt bestimmen, sondern auch andere Komponenten wie:

- Gesundheit und medizinische Versorgung
- Beschäftigung und Arbeitsbedingungen
- Kenntnisse und Ausbildungsmöglichkeiten
- Wohnung und lokale Infrastruktur
- Möglichkeiten der politischen Beteiligung
- Familie und soziale Verankerung
- Sicherheit an Leben und Eigentum
- Erholungsmöglichkeiten
- Transportmittel und Transportwege

Die Komponenten werden mit Hilfe von Indikatoren meßbar gemacht, so daß dann durch Bevölkerungsumfragen er-

mittelt werden kann, in welchem Umfang die einzelnen Bürger, bzw. bestimmte Bevölkerungsgruppen, über solche Ressourcen verfügen.

Entscheidenden Anteil an der Etablierung dieser Form der Wohlfahrtsforschung hatte die Tatsache, daß das »level of living« Konzept von der amtlichen Statistik übernommen wurde. Seit 1974 führt Statistics Sweden, das schwedische Amt für Statistik, jährliche »level of living« Umfragen durch. Die erhobenen Daten werden unter wohlfahrtsrelevanten Aspekten analysiert, die Ergebnisse dann im Rahmen der Reihe »Living Conditions« der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die jüngste Publikation in dieser Reihe ist der Band 58: »Inequality in Sweden. Trends and Current Situation«, der die Entwicklung der sozialen Ungleichheit zwischen 1975 und 1985 unter die Lupe nimmt.

Ziel der Untersuchung war es, verschiedene Dimensionen sozialer Ungleichheit zu beleuchten, d.h. die Ungleichheiten aufzudecken, die hinsichtlich der Verteilung von Ressourcen zwischen verschiedenen Haushaltstypen, sozioökonomischen Gruppen und geographischen Regionen bestehen, bzw. die Benachteiligung bestimmter »Problemgruppen« (Einwanderer, Alleinerziehende, Schichtarbeiter, Frührentner etc.) zu dokumentieren.

Als Datenbasis dienten die 93.000 Interviews der »level of living surveys« von 1975 bis 1985. Etwa 90 der über 400 in diesen Surveys jeweils abgefragten Indikatoren wurden für die Analyse ausgewählt, die Daten aufgeschlüsselt nach 4 Altersgruppen, 13 Positionen im Familienzyklus, 12 sozioökonomischen Gruppen und 8 Regionen.

Fazit der Studie (falls man bei der Vielzahl der Ergebnisse von einem solchen sprechen kann): die Ungleichheit zwischen den sozialen Schichten hat sich in

¹ Vgl. J. Schupp: Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarkt. In: H.-J. Krupp, J. Schupp (Hg.), Lebenslagen im Wandel: Daten 1987. Frankfurt a.M., New York 1988, S. 112.

diesem Zeitraum verringert, dagegen ist die Kluft zwischen Jung und Alt deutlich größer geworden.

»Inequality in Sweden« stellt zum einen ein Nachschlagewerk dar, das die Diskussion um soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, die in der schwedischen Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert einnimmt, mit den notwendigen Informationen versorgt.

Zum anderen — und unter diesem Gesichtspunkt dürfte die Publikation auch für ein nicht-schwedisches Publikum von großem Interesse sein — vermittelt das Werk einen hervorragenden Eindruck

davon, wie die schwedische Wohlfahrtsforschung mit Hilfe des »level of living« Ansatzes vorgeht und ihre Funktion als Kontrollinstanz der Sozialpolitik wahrnimmt.

Vogel, Joachim/Andersson, Lars-G./Davidsson, Uno/Häll, Lars: Inequality in Sweden. Trends and Current Situation. Living Conditions 1975 - 1985. Stockholm (Statistics Sweden) 1988. (Living Conditions Band 58) - ISBN 91-618-0145-3, ISSN 0347-7193.

Sabine Kleebaur
(Tel.: 0621/18004-16)

Steigende Belastung des Einkommens der privaten Haushalte durch Wohnungsausgaben

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum wurde seit Bestehen der Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt ausschließlich dem Marktmechanismus überlassen. Vielmehr wurde immer versucht, mit verschiedenen Instrumenten und Maßnahmen das Ergebnis des Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in politisch erwünschter Weise zu beeinflussen. Ein Großteil der wohnungspolitischen Interventionen zielt darauf ab, die mit einem angemessenen Versorgungsniveau verbundenen Wohnungsausgaben der privaten Haushalte zu regulieren. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags steht daher die Entwicklung der tatsächlichen Einkommensbelastung durch Wohnungsausgaben sowohl aller privaten Haushalte als auch verschiedener sozialer Gruppen und Haushaltstypen. Daran anschließend wird die Entwicklung einiger zentraler Dimensionen der Wohnungsversorgung nachgezeichnet, die neben anderen Faktoren die Höhe der Wohnungsausgaben beeinflussen.

Die relative Mietbelastung, d.h. der Anteil der Wohnungsausgaben am Haushaltsnettoeinkommen, ist im Durch-

schnitt aller privaten Haushalte seit 1960 von acht Prozent nahezu kontinuierlich auf gegenwärtig ca. vierzehn Prozent ge-

stiegen (vgl. Tabelle 1). Der Begriff Wohnungsausgaben umfaßt in der hier verwendeten Definition die Mietausgaben einschließlich der Nebenkosten sowie die fiktiven Kosten selbstgenutzten Wohneigentums. Gemessen an einigen spezifischen Segmenten des Wohnungsmarktes erscheinen diese Anteile sehr niedrig; man muß allerdings berücksichtigen, daß es sich hier um Durchschnittswerte handelt, die auf der Grundlage sehr heterogener Einzelangaben errechnet werden. In die Berechnung gehen sowohl ländliche Regionen ein als auch großstädtische Ballungszentren; Wohneigentum ebenso wie Mietwohnraum; der frei finanzierte Wohnungsbau neben dem steuerbegünstigten und sozialen Wohnungsbau; sowohl Altbauten wie auch Neubauten und schließlich gutausgestattete Wohnungen in bester Wohnlage ebenso wie Wohnungen mit schlechter Ausstattung und schlechter Lage. Darüber hinaus haben auch die verschiedenen sozio-demographischen und sozio-ökonomischen Merkmale der privaten Haushalte einen erheblichen Einfluß auf die relative Mietbelastung.

Unterschiede bei der relativen Mietbelastung zwischen verschiedenen Haushaltstypen

Die sozialen Unterschiede bei der relativen Mietbelastung werden bereits durch einen Blick auf die drei ausgewählten Haushaltstypen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen deutlich (s. Graphik 1). So müssen 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen einen deutlich höheren Anteil ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnungsmieten aufwenden als 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen sowie 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. Unabhängig von diesen Niveauunterschieden können große Ähnlichkeiten in den zeitlichen Verläufen festgestellt werden: Die relative Mietbelastung steigt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und dann wieder in der ersten Hälfte der achtziger Jahre jeweils deutlich an. Dagegen bewegt sie sich in den fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre sowie in den siebziger Jahren auf annähernd konstantem Niveau.

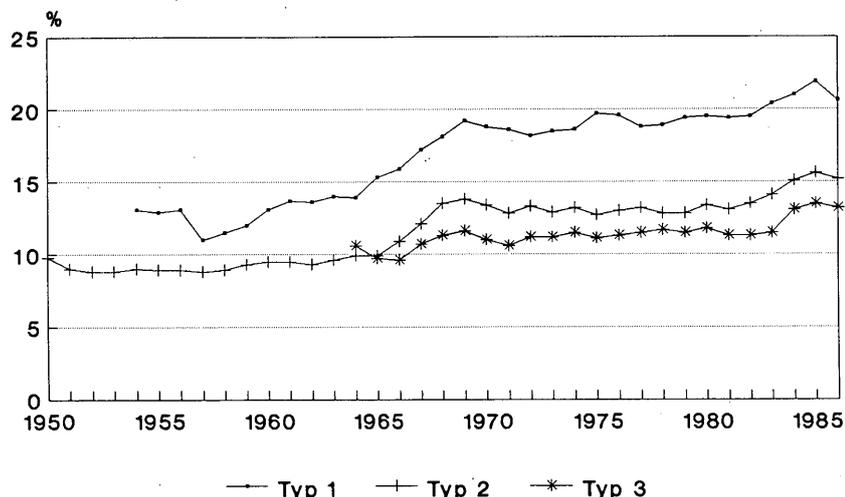
Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen machen es möglich, die langfristigen Ent-

Tabelle 1: Die Entwicklung der relativen Mietbelastung aller privaten Haushalte

Jahr	%	Jahr	%	Jahr	%
1960	8,0	1969	10,5	1978	11,6
1961	8,5	1970	10,1	1979	11,7
1962	8,3	1971	10,3	1980	12,0
1963	8,8	1972	10,4	1981	12,4
1964	8,8	1973	10,9	1982	12,9
1965	8,7	1974	11,0	1983	13,4
1966	9,3	1975	11,1	1984	13,7
1967	10,1	1976	11,2	1985	14,0
1968	10,4	1977	11,5	1986	13,6

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 1
 Entwicklung der relativen Mietbelastung
 bei verschiedenen Haushaltstypen



Typ 1: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen
 Typ 2: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Ehemannes
 Typ 3: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

wicklungen des Anteils der Wohnungsausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen detailliert zu betrachten. Soziale Vergleiche können aber nur in sehr eingeschränkter Form zwischen den drei erfaßten Haushaltstypen angestellt werden. Bessere Möglichkeiten in dieser Hinsicht bieten die Einkommens- und Verbrauchsstichproben. Allerdings sind hier wiederum zeitbezogene Analysen nicht im gleichen Umfang wie bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen möglich.

Haushaltsgröße und sozialrechtliche Stellung des Haushaltsvorstandes beeinflussen die relative Mietbelastung

Betrachtet man auf der empirischen Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichproben die relative Mietbelastung in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße (vgl. Tabelle 2), so weisen die 1-Personen-Haushalte zu allen fünf Zeitpunkten einen weit höheren Anteil der Wohnungsausgaben am Haushaltsnettoeinkommen auf als alle anderen Haushaltsgrößen. Differenziert man nach der sozialrechtlichen Stellung des Haushalts-

vorstandes, dann sind es die privaten Haushalte von Landwirten sowie Nichterwerbstätigen, deren relative Mietbelastung die der anderen sozialrechtlichen Stellungen deutlich übersteigt. Bei den Haushalten von Landwirten mag dies in

Tabelle 2: Relative Mietbelastung nach Haushaltsgröße und sozialrechtlicher Stellung des Haushaltsvorstandes

	1962/63	1969	1973	1978	1983
1-Personen-Haushalte	14,7	14,1	14,7	15,6	16,8
2-Personen-Haushalte	8,9	10,6	11,2	11,8	12,7
3-Personen-Haushalte	8,4	9,9	10,4	10,9	12,3
4-Personen-Haushalte	8,1	9,9	10,8	11,2	12,1
5 u.m.-Pers.-Haushalte	7,7	10,0	11,1	11,5	12,4
Landwirt		10,6	13,8	14,1	14,6
Selbständiger	7,0	9,1	9,5	9,3	10,6
Beamter		9,7	9,7	10,4	11,3
Angestellter		10,0	10,6	10,8	11,7
Arbeiter		10,2	10,9	11,6	13,2
Nichterwerbstätiger	11,5	12,9	13,9	14,7	16,1
Haushalte insgesamt	8,9	10,6	11,3	12,0	13,2

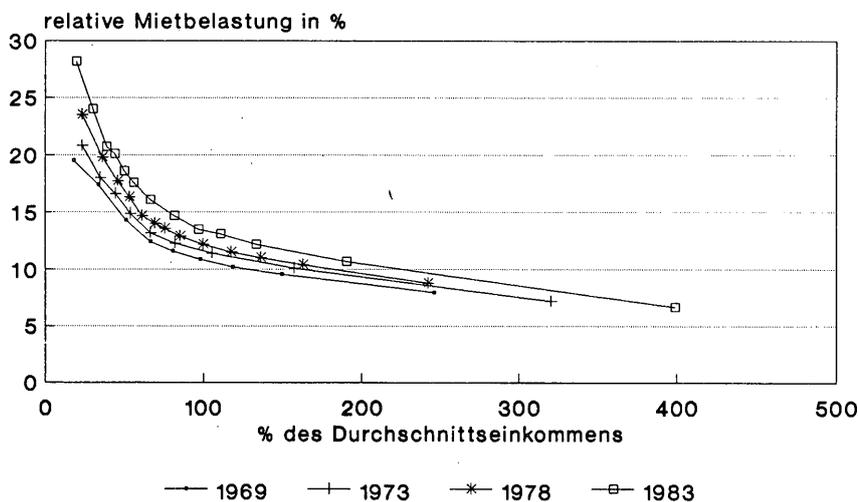
Datenbasis: Statistisches Bundesamt

erster Linie auf die fiktiven Kosten des selbstgenutzten Wohneigentums zurückzuführen sein. Die eigentliche Ursache der hohen relativen Mietbelastung von Nichterwerbstätigenhaushalten ist deren in vielen Fällen vorhandene Einkommensschwäche. Sie erklärt auch den hohen Anteil der Wohnungsausgaben am verfügbaren Einkommen von 1-Personen-Haushalten.

Schwabesches Gesetz weiterhin gültig

Zwischen der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und der relativen Mietbelastung privater Haushalte besteht ein eindeutig negativer Zusammenhang. Auf diesen Tatbestand weist bereits das sogenannte Schwabesche Gesetz hin; es trifft für alle Jahre, in denen Einkommens- und Verbrauchsstichproben durchgeführt wurden, gleichermaßen zu. Die Graphik 2 zeigt vier Kurven, die den Zusammenhang zwischen dem Anteil der Wohnungsausgaben und der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens in den Jahren 1969, 1973, 1978 und 1983 anzeigen. Zur besseren Vergleichbarkeit über die Zeit wurden die Haushaltsnettoeinkommen — es handelt sich um die Durchschnittswerte der jeweiligen Einkommensklassen — nicht in absoluten Beträgen sondern als Prozentwerte des durchschnittlichen Nettoeinkommens aller privaten Haushalte angegeben.

Graphik 2
Zusammenhang zwischen relativer
Mietbelastung u. Haushaltsnettoeinkommen



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Die vier Kurven belegen auch die generelle Zunahme der relativen Mietbelastung im Zeitraum zwischen 1969 und 1983. Der nahezu parallele Verlauf ist ein Hinweis darauf, daß der grundlegende Zusammenhang zwischen dem Anteil der Wohnungsausgaben und der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens im Zeitverlauf konstant geblieben ist.

Deutliche Zunahme der Haushalte mit hoher relativer Mietbelastung

Da die relative Mietbelastung privater Haushalte sehr stark streut, gehen in die Berechnung des Durchschnittswertes sowohl Privathaushalte mit extrem niedrigen als auch solche mit sehr hohen Wohnungsausgaben ein. Deshalb werden neben der durchschnittlichen Belastung zusätzliche Informationen darüber benötigt, bei wievielen und bei welchen privaten Haushalten die Wohnungsausgaben einen bestimmten, gerade noch als tragbar angesehenen Einkommensanteil überschreiten. Die Festlegung dieser Belastungsgrenze muß zwangsläufig in großem Umfang auf willkürlichen Annahmen basieren. In der wohnungspolitischen und wohnungswissenschaftlichen Diskussion haben zwanzig Prozent des Haushaltsnettoeinkommens als gerade noch tragbare Belastung lange Zeit die größte Zustimmung gefunden. Gegen-

wärtig wird dieser Anteil allerdings in zunehmenden Maße als Belastungsgrenze in Frage gestellt.

Der Anteil der Hauptmieterhaushalte, die zwanzig Prozent oder mehr ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Wohnungsmiete aufwenden, hat im Zeitverlauf deutlich zugenommen: Von sechs Prozent im Jahr 1957 bis auf über 39 Prozent im Jahr 1982 (vgl. Tabelle 3). Hohe relative Mietbelastungen treten insbesondere bei 1-Personen-Haushalten häufig auf. Im Jahr 1957 war jeder vierte davon betroffen, 1982 sogar jeder zweite 1-Personen-Haushalt. Ende der fünfzi-

ger und Anfang der sechziger Jahre bestand ein eindeutig negativer Zusammenhang zwischen dem Anteil der Haushalte mit hoher relativer Mietbelastung und der Haushaltsgröße. Bereits bei den 3-Personen-Haushalten lag dieser Anteil jeweils unter fünf Prozent und bei den 5 u.m.-Personen-Haushalten wendeten nur zwei von hundert Haushalten mehr als zwanzig Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Wohnungsmiete auf.

Seit Beginn der siebziger Jahre treten hohe relative Mietbelastungen nicht nur bei den 1-Personen-Haushalten sondern auch bei allen anderen Haushaltsgrößen immer häufiger auf, und bis zum Jahr 1982 sind jeweils ein gutes Viertel bzw. ein knappes Drittel der entsprechenden Haushalte davon betroffen. Der zunächst eindeutig negative Zusammenhang mit der Haushaltsgröße konnte im Jahr 1972 nicht mehr festgestellt werden. Mit Ausnahme der 1-Personen-Haushalte liegt der Anteil der privaten Haushalte mit einer Mietbelastung von mehr als zwanzig Prozent des Haushaltsnettoeinkommens bei allen anderen Haushaltsgrößen auf ungefähr dem gleichen Niveau. In den folgenden Jahren ist dann — wieder mit Ausnahme der 1-Personen-Haushalte — sogar ein positiver Zusammenhang zwischen dem Anteil der Haushalte mit hoher relativer Mietbelastung und der Haushaltsgröße festzustellen.

Der Anstieg der durchschnittlichen relativen Mietbelastung und der steigende Anteil der privaten Haushalte mit einer Belastung des Haushaltsnettoeinkommens durch Wohnungsmieten von mindestens zwanzig Prozent ist auf zwei

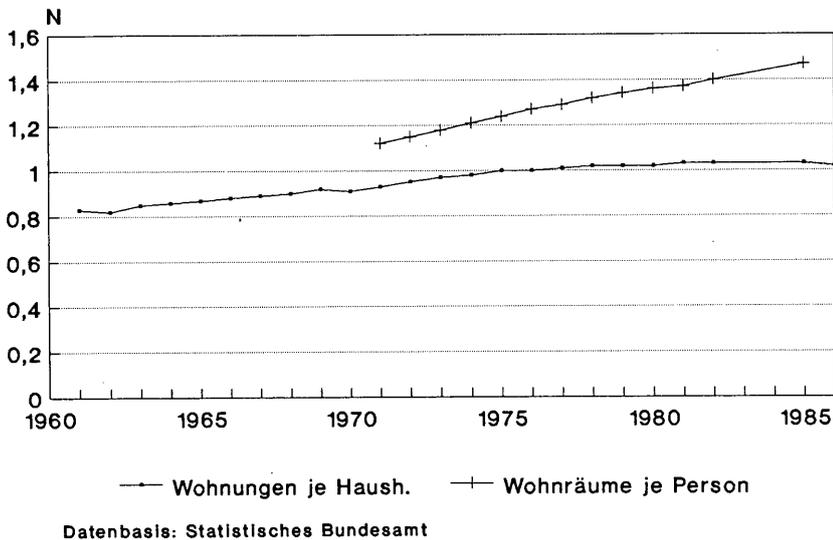
Tabelle 3: Anteil der Hauptmieterhaushalte mit einer Mietbelastung des Haushaltsnettoeinkommens von zwanzig Prozent und mehr

	1957	1960	1972	1978*	1980*	1982*
1-Personen-Haushalte	25,4	31,5	35,5	43,3	49,4	54,3
2-Personen-Haushalte	6,5	8,0	15,3	20,2	22,9	27,6
3-Personen-Haushalte	3,0	4,1	14,0	21,4	24,6	30,3
4-Personen-Haushalte	2,1	3,1	14,7	23,6	26,8	30,8
5 u.m.-Pers.-Haushalte	1,7	2,2	14,9	25,1	27,0	32,7
Insgesamt	6,0	8,5	20,6	29,1	33,7	39,1

* Hauptmieterhaushalte mit einem monatlichen Einkommen bis 5000 DM

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 3
Entwicklung der Versorgung mit Wohnungen und Wohnräumen



grundsätzlich verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen sind, bedingt durch die für die Anbieterseite häufig günstigere Situation auf den Wohnungsmärkten, die Mieten stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten insgesamt und auch stärker als die Realeinkommen der privaten Haushalte. Zum anderen hat sich das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte dahingehend verändert, daß größere und besser ausgestattete Wohnungen beansprucht werden, für die auch höhere Wohnkosten aufzuwenden sind.

Versorgungsniveau mit Wohnungen und Wohnräumen — ein Kapazitätsproblem und ein Verteilungsproblem

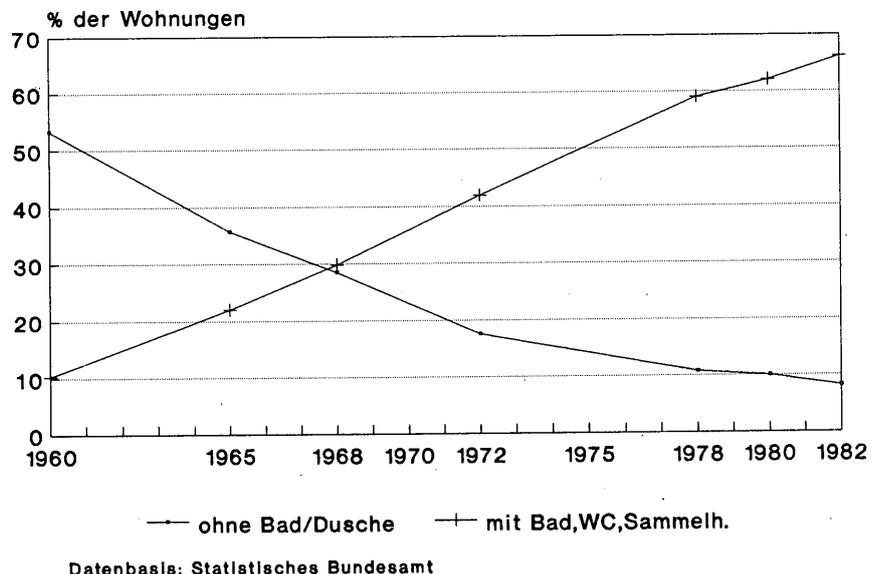
Die erste grundlegende Frage bei der Darstellung zentraler quantitativer und qualitativer Aspekte der Wohnungsversorgung lautet, ob überhaupt Wohnungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Um sie zu beantworten, muß der Wohnungsbestand auf die Zahl der privaten Haushalte bezogen werden. Dabei gibt es einige Gründe für die Annahme, daß sowohl die Zahlen des Wohnungsbestandes als auch der privaten Haushalte fehlerhaft ausgewiesen werden und demzufolge die einzelnen Jahreswerte des Indikators »Wohnungen je Haushalt« ebenfalls fehlerbehaftet sein können. Ungeachtet dieses statistischen Problems

erreicht erst Mitte der siebziger Jahre die Zahl der vorhandenen Wohnungen die der privaten Haushalte. Seitdem stagniert der Indikator auf einem Wert knapp über 1 (s. Graphik 3). Aus mindestens drei Gründen kann daraus allerdings nicht gefolgert werden, der Wohnungsmarkt befände sich im Gleichgewicht. So können erstens die regionale

Verteilung des Wohnungsbestandes und der privaten Haushalte sehr unterschiedlich sein; zweitens ist damit nicht gewährleistet, daß die Größenstrukturen des Wohnungsbestandes und der Privathaushalte aufeinander abgestimmt sind; und drittens bedarf es eines bestimmten Wohnungsüberhanges als sogenannter »Fluktuationsreserve«, damit eine gewisse Wohnungsmobilität, die aus verschiedenen gesellschaftspolitischen Gründen wünschenswert ist, überhaupt stattfinden kann.

Der Indikator »Wohnungen je Haushalt« ist hauptsächlich auf die elementare Funktion einer Wohnung bezogen, Familien bzw. privaten Haushalten eine geschützte und private Sphäre zu gewährleisten. Dagegen gibt der Indikator »Wohnräume je Person« in erster Linie Auskunft über die vielfältigen, auf individuellen Bedürfnissen basierenden Nutzungsmöglichkeiten der Wohnung. Für diesen Indikator kann eine methodisch konsistente jährliche Zeitreihe seit 1971 konstruiert werden. Bereits damals lag der Indikator deutlich über dem Wert 1 und ist seitdem kontinuierlich bis auf gegenwärtig fast 1,5 gestiegen. Das bedeutet, der in der Bundesrepublik vorhandene Bestand an Wohnräumen reicht eigentlich aus, jedem Einwohner einen eigenen Raum zur Verfügung zu stellen. Hohe Belegungsdichten bzw. Überbelegungen von Wohnungen sind deshalb

Graphik 4
Entwicklung der Wohnungsqualität



heute anders als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und auch noch in den fünfziger Jahren weniger ein Kapazitäts- sondern vielmehr ein Verteilungsproblem.

Erhebliche Verbesserung der Wohnungsqualität

Nicht an den quantitativen sondern den qualitativen Aspekten der Wohnungsversorgung orientiert sind die beiden Indikatoren »Anteil der Wohnungen ohne Bad« und »Anteil der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung«. Während der erstgenannte das Unterschreiten eines soziokulturellen Mindeststandards anzeigt, ist der zweite auf das im heutigen Wohnungsbau übliche sanitäre Ausstattungsniveau bezogen.

Betrachtet man die Entwicklung der beiden Indikatoren von 1960 bis 1982, dann fällt auf, daß sich die jeweiligen Anteile auch numerisch beinahe exakt gegenläufig entwickeln (s. Graphik 4). Noch im Jahr 1960 wies mehr als die Hälfte des Wohnungsbestandes nicht die sanitäre Mindestausstattung auf; über Bad, WC und Sammelheizung verfügten nur rund zehn Prozent der Wohnungen. Im Jahr 1968 hielten sich dann beide Anteile ungefähr die Waage: Knapp 29 Prozent der Wohnungen hatten kein Bad, knapp 30 Prozent waren mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet. Die gegenwärtig aktuellsten Daten der amtlichen Statistik über die Ausstattung des Wohnungsbestandes mit sanitären Einrichtungen liegen für das Jahr 1982 vor. Nur noch acht Prozent der vorhandenen Wohnungen sind ohne Bad, aber rund zwei Drittel haben Bad, WC und Sammelheizung.

Wohnungszählung und Spätaussiedler als Gründe der gegenwärtigen wohnungspolitischen Diskussion

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum gerät vor allem dann in das öffentliche Interesse und die politische Diskussion, wenn Engpässe oder Probleme bei der Wohnungsversorgung festgestellt oder auch nur vermutet werden. Sofern sie auf Funktionsmängel des Wohnungsmarktes zurückgeführt werden, mehren sich dann die Stimmen, die eine stärkere Einflußnahme der öffentlichen Hand propagieren. Die gegenwärtige wohnungspolitische Diskussion hat vorwiegend zwei Gründe: Erstens macht

die zusammen mit der Volkszählung im Jahr 1987 durchgeführte Wohnungszählung eine Korrektur des fortgeschriebenen Wohnungsbestandes notwendig, weil der durch die Fortschreibung ermittelte Wohnungsbestand den tatsächlich vorhandenen Bestand überschätzt hat. Damit stellt sich die Wohnungsversorgung der Bevölkerung insgesamt ungünstiger dar als allgemein angenommen wurde. Und zweitens sind die in der

jüngsten Zeit in größerer Zahl nach Deutschland zugewanderten Spätaussiedler aus Osteuropa eine wohnungspolitische Problemgruppe, deren Wohnungsbedarf rasch befriedigt werden muß, wozu der Wohnungsmarkt alleine aus vielfältigen Gründen aber kaum in der Lage ist.

*Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)*

Modernisierung in Ungarn

Ein neuer Beitrag zur Sozialberichterstattung

Einführung des Mehrparteiensystems, Aufhebung der Beschränkungen für Westreisen, Gewerkschaftsgründungen, Pressefreiheit, Neuordnung der Wirtschaft! Diese und viele andere Innovations- und Liberalisierungstendenzen machen deutlich: Ungarn befindet sich in einer Situation des Umbruchs.

Einen aktuellen Beitrag zu den Hintergründen dieser Entwicklungen stellt der Bericht von Rudolf Andorka und István Harcsa dar, der sich mit den Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Veränderungen auf das gesellschaftliche Leben in Ungarn befaßt.

Der vorliegende Sozialbericht präsentiert ein System sozialer Indikatoren, das darauf abzielt, die kurz- und langfristigen Prozesse und Ergebnisse der Modernisierung zu messen. Ungarn wird dabei als eine Gesellschaft betrachtet, die den Zustand der Modernität noch nicht erreicht hat und in der die soziale Modernisierung akute Probleme aufwirft.

Das Indikatorensystem beinhaltet die Subsysteme Sozialstruktur, soziale Mobilität, Bevölkerung, Bildung, Beschäftigung, Einkommen, Konsum, Wohnbedingungen, Gesundheit, Zeitverwendung und abweichendes Verhalten. Für alle diese Bereiche werden die insgesamt ca. 140 Indikatoren in Form von Zeitreihen vorgelegt, die zum Teil bereits im 19. Jahrhundert beginnen und bis in die Mit-

te der achtziger Jahre reichen. Die Modernisierungstheorie und die Perspektive der wohlfahrtsorientierten Messung der Lebensbedingungen bilden den Bezugsrahmen für eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung mithilfe der spezifizierten sozialen Indikatoren.

Auf der Basis der Indikatorzeitreihen und ergänzenden empirischen Materialien werden die Entwicklungstendenzen, Erfolge und Fehlschläge von Modernisierungsbemühungen, soziale Probleme und die Ursachen gesellschaftlicher Spannungen bis in die jüngste Gegenwart aufgezeigt. So kann z.B. anhand der verwendeten Indikatoren nachvollzogen werden, wie eine Periode schneller Modernisierungsgewinne — ausgelöst durch die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre — durch die abrupte Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre beendet wurde und nachfolgend eine Reihe von negativen Entwicklungen einsetzten.

Sinkende Realeinkommen in der offiziellen Wirtschaft hatten eine weitgehende Stagnation des Lebensstandards zur Folge und riefen ein zunehmendes Engagement in der sekundären Ökonomie hervor. Diese mehr und mehr legalisierten Aktivitäten außerhalb der offiziellen Wirtschaft erwiesen sich für breite Bevölkerungsteile als einzige Möglichkeit, das Lebensniveau zu erhalten oder in einzelnen Bereichen, z.B. hinsichtlich der in

Ungarn nach wie vor sehr problematischen Wohnbedingungen, zu verbessern. Sie waren aber zugleich auch eine Quelle neuer Ungleichheit und führten — schon aufgrund des dafür benötigten Zeitaufwands — zu einem »stressful way of life« mit vielen negativen Konsequenzen. Eine sinkende Lebenserwartung, zunehmender Alkoholismus und eine extrem hohe Selbstmordrate sind z.B. Entwicklungen, die mit den hohen Belastungen des alltäglichen Lebens in Zusammenhang gebracht werden.

»In the last years the Hungarian society faces much more difficult conditions than earlier when trying to do new efforts for further modernization«, so das Fazit der Autoren dieses sehr informati-

ven Sozialberichts, dem eine weite Verbreitung und eine im Vergleich zur jetzigen — im Selbstverlag hergestellten — Ausgabe bessere Aufmachung zu wünschen ist. Der Bericht kann direkt vom Lehrstuhl für Soziologie, Prof. R. Andorka, Marx Karoly, Dimitrov tér 8, H-1093 Budapest, bezogen werden.

Andorka, Rudolf & Harcsa, István: Modernization in Hungary in the long and short run measured by social indicators. Karl Marx University of Economic Sciences, Department of Sociology: Sociological Working Papers, No. 1, Budapest 1988. 287 Seiten.

Renate Kowitz
(Tel.: 0621/18004-16)

aber bisher manchmal den Eindruck hatte, mit einer stellenweise doch recht willkürlichen Ansammlung von Statistiken konfrontiert zu sein, wirkt das Jahrbuch jetzt — deutlich gestrafft und umstrukturiert — im Hinblick auf Datenauswahl, Aufbau und Gliederung entschieden durchdachter und systematischer. Ausdrücklich betont wird der »Mut zur Lücke«, d.h. die Tatsache, daß bestimmte, zwar altvertraute und über Jahrzehnte fortgeschriebene, aber nicht zwingend erforderliche Statistiken gestrichen wurden und der Leser stattdessen ausführliche Hinweise auf zusätzliche Informationsquellen erhält. Ein völlig neues, sehr überzeugendes Gesicht bekam beispielsweise der Bereich »Gesundheit«. Die ausgewählten Indikatoren (Berufskrankheiten, Rauch- und Trinkgewohnheiten, Krankenpflegekosten etc.) vermitteln ein anschauliches Bild vom Gesundheitszustand der Bevölkerung und von der Entwicklung des Gesundheitswesens.

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989

Frischer Wind in der amtlichen Statistik

Bei der Gestaltung des Statistischen Jahrbuchs 1989 hat das Schweizer Bundesamt für Statistik sowohl formal als auch inhaltlich neue Wege beschritten. Im Gegensatz zu traditionellen statistischen Jahrbüchern, die sich im wesentlichen auf die Präsentation des Zahlenmaterials beschränken, wurde hier versucht, den Erkenntnissen und Anforderungen der Sozialberichterstattung Rechnung zu tragen: Ausgehend von der Vorstellung, daß gesellschaftlicher Wandel und technische Umwälzungen veränderte Informationsbedürfnisse geschaffen haben, hat man sich zum Ziel gesetzt, Statistiken problemorientiert darzubieten und sie in einen thematischen Kontext einzubinden, Zahlen zu kommentieren und zu interpretieren sowie benutzerfreundlich und allgemeinverständlich aufzubereiten.

Dementsprechend wurden den Tabellen der einzelnen Themenbereiche Überblicksartikel vorangestellt, die in knapper Form Hintergrundwissen vermitteln, Entwicklungstrends aufzeigen und Methoden, Begriffe und Definitionen erläutern. Grafiken, Karten und farbig unterlegte Indexzahlen erleichtern die Orientierung.

Über folgende Aspekte des gesellschaftlichen Lebens informiert das Jahrbuch:

- Bevölkerung
- Raum, Landschaft und Umwelt
- Erwerbsleben
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
- Preise
- Produktion, Handel und Verbrauch
- Land- und Forstwirtschaft
- Energie
- Bau- und Wohnungswesen
- Tourismus
- Verkehr
- Geldmenge, Finanzmärkte und Banken
- Versicherungen
- Gesundheit
- Bildung und Wissenschaft
- Sport, Kultur und Lebensbedingungen
- Politik
- Öffentliche Finanzen
- Rechtspflege
- Internationales

Damit wurden im großen und ganzen die gleichen Themen berücksichtigt wie in früheren Jahrgängen. Während man

Andere Bereiche sind dagegen spürbar zu kurz gekommen. Das Thema »Sport, Kultur und Lebensbedingungen« beispielsweise wird auf einigen wenigen Seiten abgehandelt, wobei zum Medienangebot und zur Mediennutzung mit Ausnahme des Kinos überhaupt keine Daten zu finden sind. »Kinderkrankheiten« dieser Art beeinträchtigen die Qualität des Jahrbuchs jedoch kaum. Das Schweizer Konzept muß als überaus gelungen und richtungweisend bezeichnet werden. Es wird der amtlichen Statistik sicher neue Benutzergruppen erschließen.

Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989. Annuaire statistique de la Suisse 1989. Zürich (Verlag Neue Zürcher Zeitung) 1988. 371 Seiten. ISBN 3 85823 223 8. Ca. 85 SFr, 105,- DM

Sabine Kleebaur
(Tel.: 0621/18004-16)

SoftStat '89: Konferenz über die wissenschaftliche Anwendung von Statistik-Software

Vom 2. bis 6. April 1989 fand an der Universität Heidelberg die 5. Konferenz über die wissenschaftliche Anwendung von Statistik-Software statt. Die Tagungsleitung der von ZUMA ausgerichteten Konferenz lag in den Händen von Frank Faulbaum (ZUMA). Die Konferenz wurde von ca. 600 Teilnehmern aus dem In- und Ausland besucht. Im Rahmen von über hundert wissenschaftlichen Vorträgen wurde unter anderem über die folgenden — auch für die Sozialberichterstattung relevanten — Themenschwerpunkte referiert: Rechnernetze und Datenfernverarbeitung, Statistikprogramme in Datenmanagement und Datenanalyse, Kartographie und Geographische Informationssysteme, Einsatz von Graphik-Software in der Statistik, Simulation, Statistik und Datenerhe-

bung, Statistik und Expertensysteme, Skalierung und Klassifikation, Statistische Auswertungssysteme und die Verarbeitung von Massendaten. Demonstrationen von Software-Produkten und Ausstellungen namhafter Software-Firmen ergänzten das wissenschaftliche Veranstaltungsprogramm. Mit dieser Konferenz wollte ZUMA insbesondere der sich immer weiter entwickelnden Verschränkung von Methodologie und (Software-) Technologie in den verschiedenen Phasen des wissenschaftlichen Forschungsprozesses Rechnung tragen. Der Tagungsband wird voraussichtlich im Spätherbst 1989 erscheinen.

Frank Faulbaum
(Tel.: 0621 / 18004-32)

Tagungsankündigung

Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur

Tagung der Sektion Soziale Indikatoren in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 1. und 2. Februar 1990 in Oberursel/Oberstedten

Auf der Tagung werden soziale Indikatoren für sozialstrukturelle Entwicklungen am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland behandelt. Grundlage sind einfache und komplexe Konzepte der Sozialstruktur wie Alters- und Erwerbsstruktur, Bildungs- und Berufsstruktur, soziale Klassen und soziale Schichtung, Lebenslagen und Sozialmilieus. Auf ihrem Hintergrund sollen die neuerdings konstatierten Tendenzen zur »Individualisierung« und zur »Pluralisierung der Lebensstile« untersucht werden.

Interessenten wenden sich bitte bis 15. September 1989 an:

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Universität Frankfurt
Robert-Mayer-Str. 5
D-6000 Frankfurt
Tel. (069) 798-3584

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden
und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 122155
D-6800 Mannheim 1
Telefon (0621) 18004-0
Telefax (0621) 18004-49

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:

Erich Wiegand

Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH
Maximilianstraße 31
6730 Neustadt/Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten.

ISSN 0935-218X